



# Blasmusikverein Griesheim e.V

## **Satzung**

### **§1 Name, Sitz**

- (1) Die Vereinigung aller Freunde und Förderer der Blasmusik, die nachstehende Satzung anerkennen, führt den Namen **Blasmusikverein Griesheim e.V.**
- (2) Der Sitz des Vereins ist 64347 Griesheim.
- (3) Der Verein ist seit dem 05.04.1978 im Vereinsregister eingetragen.

### **§2 Vereinszweck, Gemeinnützigkeit**

- (1) Der Blasmusikverein Griesheim e.V. verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Zweck des Vereins ist die Förderung von Kunst und Kultur und die Pflege der Blasmusik.
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.
- (4) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks fällt das Vermögen des Vereins an das Deutsche Rote Kreuz, Ortsgruppe Griesheim, das es für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.
- (5) Der Blasmusikverein Griesheim e.V. ist nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut. Parteipolitische und religiöse Zwecke werden innerhalb des Vereins nicht verfolgt. Von den Mitgliedern wird gegenseitige Achtung der parteipolitischen und religiösen Einstellung erwartet.

### **§3 Organe des Vereins**

Organe des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung
2. der Vereinsvorstand

### **§4 Mitgliederversammlung**

- (1) Zur Einberufung einer Mitgliederversammlung muss der Vorstand vier Wochen vor dem Termin unter Angabe der Tagesordnung jedes Mitglied schriftlich einladen. Als schriftliche Einladung gilt auch die Einladung per E-Mail. Anträge zur Tagesordnung müssen zwei Wochen vor der Versammlung schriftlich beim Vorstand eingehen.
- (2) Die ordentliche Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) findet jährlich am Anfang des Kalenderjahres unter der Leitung eines von den erschienenen Mitgliedern gewählten Versammlungsleiters statt. Dieser wird offen durch Handaufheben mit Stimmenmehrheit gewählt und muss nicht Mitglied des Vereins sein.
- (3) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert. Der Vorstand hat das Recht, jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Er ist zur Einberufung verpflichtet, wenn ihm ein schriftlicher, von mindestens einem Viertel der Mitglieder unterzeichneter Antrag vorliegt. Dem Antrag müssen die gewünschten Tagesordnungspunkte zu entnehmen sein.
- (4) Die Mitgliederversammlung ist bei ordnungsgemäßer Einladung ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Beschlüsse werden, sofern die

Versammlung nicht etwas anderes bestimmt, offen durch Handaufheben mit Stimmenmehrheit getroffen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

- (5) Stimmberechtigt ist jedes Mitglied des Vereins nach Vollendung des 16. Lebensjahres. Jeder Stimmberechtigte hat eine Stimme, das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.
- (6) Über die Versammlung führt der Schriftführer Protokoll, welches vom Versammlungsleiter und Schriftführer unterschrieben werden muss.

## **§5 Aufgaben der Mitgliederversammlung**

- (1) Wahl eines Versammlungsleiters.
- (2) Entgegennahme der Berichte des Vorstands inklusive Rechenschaftsbericht mit darauffolgender Entlastung.
- (3) Wahl des Vereinsvorstandes. Die Wahl der Vorstandsmitglieder hat in freier und geheimer Wahl mit Stimmzetteln zu erfolgen. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre. Entscheidend ist einfache Stimmenmehrheit. Wiederwahl der Vorstandsmitglieder ist zulässig.
- (4) Beschließung einer pauschalen Tätigkeitsvergütung für den geschäftsführenden Vorstand. Einzelheiten hierzu regelt die Finanzordnung des Vereins.
- (5) Satzungsänderungen bedürfen der Zweidrittelmehrheit der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder. Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen der nächsten Mitgliederversammlung mitgeteilt werden.
- (6) Entscheidungen über den Ausschluss von Mitgliedern, die durch Vorstandsbeschluss ausgeschlossen werden sollen. Sie widerruft die Entscheidung des Vorstandes bei Zweidrittelmehrheit der erschienenen Stimmberechtigten.
- (7) Auflösung des Vereins. Der Auflösung muss mit Dreiviertelmehrheit der erschienenen Stimmberechtigten zugestimmt werden.
- (8) Beschließung von Angelegenheiten, die vom Vorstand oder den Mitgliedern vorgelegt werden.
- (9) Auf Antrag des Vorstandes berät und ggf. beschließt die Versammlung über die Erhebung einer Umlage. Der Antrag muss die Erforderlichkeit erläutern. Die Umlage darf nicht höher sein als der 1 ½ fache Jahresbeitrag. Einzelheiten hierzu regelt die Finanzordnung des Vereins.

## **§6 Vorstand**

- (1) Der Vereinsvorstand setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:
  - a) dem ersten Vorsitzenden
  - b) dem zweiten Vorsitzenden
  - c) dem Rechner
  - d) dem Schriftführer
  - e) dem Beisitzer
  - f) dem Jugendvertreter. Jugendvertreter können Mitglieder ab dem 16. Lebensjahr werden.
- (2) Der geschäftsführende Vorstand besteht aus dem ersten und zweiten Vorsitzenden sowie dem Rechner. Sie vertreten den Verein nach Innen und Außen. Jeder ist alleine vertretungsberechtigt.
- (3) Der Vorstand bleibt bis zur Neuwahl im Amt. Er trifft auf Verlangen eines Vorstandsmitgliedes nach Absprache mit den anderen Vorstandsmitgliedern zusammen.
- (4) Der Vorstand erledigt alle Aufgaben im Interesse des Vereins. Er beschließt über Vereinsangelegenheiten, soweit sie nicht eines Beschlusses der Mitgliederversammlung bedürfen. Er ist den Mitgliedern gegenüber verantwortlich.
- (5) Aufgaben des Vorstandes:
  - a) Führen und Verwalten des Vereins
  - b) Wahrung und Durchführung des Vereinszwecks
  - c) Verwaltung des Vereinsvermögens
  - d) Durchführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung

- e) Einsetzung von Dirigenten und Ausbildern/Lehrern, sowie die Entscheidung über deren Bezahlung und Vertragsbedingungen
  - f) Organisation von Veranstaltungen bzw. Auftritten
  - g) Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern
  - h) Kulturelle Jugendarbeit
  - i) Pflege der Kameradschaft und des Vereinslebens
  - j) Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb des Vereins
- (6) Zur Regelung der vereinsinternen Abläufe kann der Vorstand Vereinsordnungen erlassen, die nicht Bestandteil der Satzung sind. Änderungen dieser Ordnungen sind der Mitgliederversammlung mitzuteilen.
- (7) Der Vorstand kann einzelne Mitglieder vorübergehend mit besonderen Funktionen und Aufgaben beauftragen.
- (8) Beim Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes während dessen Amtszeit ist der Vorstand berechtigt, ein neues Mitglied kommissarisch bis zur nächsten Mitgliederversammlung zu berufen.

## **§7 Mitglieder**

- (1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche sowie juristische Person werden, die durch ihre Unterschrift auf der Beitrittserklärung diese Satzung anerkennt. Bei Minderjährigen muss der Erziehungsberechtigte bzw. gesetzlicher Vertreter die Erklärung unterschreiben.
- (2) Der Beitritt zum Verein gilt als vollzogen sobald der Vorstand den Aufnahmebeschluss fasst.
- (3) Alle Mitglieder sind verpflichtet, den Verein in seinen Bestrebungen und Aufgaben zu unterstützen. Die Interessen des Vereins sind zu wahren. Weisungen des Vorstands sind Folge zu leisten.
- (4) Alle Mitglieder sind ehrenamtlich tätig. Der Vorstand kann für Ämter und Tätigkeiten im Verein die Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach §3 Nr.26a EStG festlegen.
- (5) Die Mitglieder sind dazu verpflichtet mit Vereinseigentum, wie z.B. Noten, Uniformen und Instrumente sorgfältig umzugehen. Bei selbstverschuldetem Schaden haftet das Mitglied allein und privat.
- (6) Mitglieder sind zum Leisten eines Beitrages verpflichtet. Einzelheiten hierzu regelt die Beitragsordnung des Vereins.
- (7) Für die Verbindlichkeiten des Vereins haften die Mitglieder nicht mit ihrem Privatvermögen.
- (8) Mitglieder des Vereins haben einen Aufwendungsersatzanspruch für Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verein entstanden sind. Einzelheiten hierzu regelt die Finanzordnung des Vereins.
- (9) Dirigenten und Ausbilder/Lehrer können auf Grundlage eines Dienstvertrages und/oder gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach §3 Nr.26 EStG bezahlt werden. Die Entscheidung hierüber trifft der Vorstand.

## **§8 Erlöschung der Mitgliedschaft**

- (1) Die Mitgliedschaft erlischt durch:
  - a) freiwillige Aufgabe.  
Die Mitgliedschaft kann zum 30.06. oder 31.12. eines Kalenderjahres schriftlich beim Vorstand gekündigt werden.
  - b) nicht gezahlten Mitgliedsbeitrag.  
Bei Zahlungsverzug wird das Mitglied max. dreimal durch den Rechner des Vereins gemahnt. Nichtzahlung bis Ende des Geschäftsjahres führt automatisch zur Kündigung des Mitgliedes durch den Vorstand.
  - c) Ausschluss.  
Voraussetzung hierfür ist die Verletzung der Vereinsinteressen durch das Mitglied. Dem betreffenden Mitglied muss der Grund für den Ausschluss vom Vorstand in der Einladung zu einer Anhörung schriftlich mitgeteilt werden.
  - d) Tod des Mitgliedes.

- (2) Mit dem Ausscheiden erlöschen alle vermögensrechtlichen Ansprüche des Mitgliedes gegen den Verein.

## **§9 Datenschutz**

- (1) Im Umgang mit personenbezogenen Daten gelten die allgemeinen Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).
- (2) Im Rahmen der Mitgliederverwaltung werden vom Mitglied folgende Daten erhoben, verarbeitet und gespeichert:
  - a) Vor- und Zuname
  - b) Geburtsdatum
  - c) Adresse
  - d) Telefon- und Mobilnummer
  - e) E-Mail
  - f) Bankverbindung
- (3) Änderungen von persönlichen Daten müssen dem Vorstand unverzüglich mitgeteilt werden.
- (4) Als Mitglied des Hessischen Musikverbandes e.V. muss der Blasmusikverein Griesheim e.V. die angeforderten Daten seiner Mitglieder an den Verband weitergeben.
- (5) Der Verein veröffentlicht im Rahmen der Berichterstattung auf der Homepage, dem Schaukasten und der Presse Name, Funktion im Verein und Dauer der Mitgliedschaft sowie Fotos seiner Mitglieder. Die Erlaubnis hierzu gibt das Mitglied durch seine Unterschrift auf der Beitrittserklärung. Für die Weitergabe weiterer Daten ist eine gesonderte Einverständniserklärung vom Mitglied einzuholen.

## **§10 Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung trat am 09.01.1978 erstmals in Kraft; wurde am 12.12.1989, am 22.05.2001, am 01.07.2003 sowie am 19.01.2014 überarbeitet und neu gefasst.

In dieser Satzung wurden der Einfachheit halber nur die männlichen Bezeichnungen für Personen verwendet. Diese gelten gleichermaßen für weibliche Personen.